

EUROPÄISCHES PARLAMENT



SONDERAUSGABE

*DIREKTION PLANUNG
DER PARLAMENTARISCHEN ARBEIT*

**EUROPÄISCHER RAT
25. und 26. März 2004
Brüssel**

**REDEN DES PRÄSIDENTEN, HERRN PAT COX
SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES**



01/S-2004

Generaldirektion Präsidentschaft

DE

DE

(Intranet) <http://www.europarl.ep.ec/bulletins> (Special Edition 2004)
(Internet) <http://www.europarl.eu.int/bulletins> (Special Edition 2004)

\\EPADES\PUBLIC\SOMMET\Bruxelles

REDEN

Rede
von Pat Cox, Präsident des Europäischen Parlaments,
auf der Arbeitssitzung des Europäischen Rates über Terrorismus

Brüssel,
Donnerstag, 25. März 2004

Wir im Europäischen Parlament haben von den schrecklichen Anschlägen in Madrid während der Sitzung in Straßburg am 11. März erfahren. Ich habe den zahlreichen Familien, die Opfer dieses grauenhaften, sinnlosen und durch nichts zu rechtfertigenden Angriffs auf das spanische Volk, die Demokratie und Europa geworden sind, unverzüglich unser zutiefst empfundenes Mitgefühl ausgesprochen, unser Beileid bezeugt und unsere Solidarität bekundet. Dieser Anschlag war auch eine Kriegserklärung an die Demokratie.

Diese unerhört bössartigen Anschläge stellen eine neue Qualität der wachsenden Bedrohung durch den Terrorismus dar. Auch unsere Bürger fühlen sich inzwischen schutzlos gegenüber einer Gefahr, die jederzeit in jedem Mitgliedstaat akut werden kann.

Im Januar dieses Jahres habe ich in einer Rede vor den Teilnehmern der ersten internationalen Konferenz der Opfer von Terrorismus Folgendes erklärt und möchte dies hier heute noch einmal unterstreichen: In der Europäischen Union darf sich kein Terrorist sicher fühlen und der Terrorismus keinen Unterschlupf finden! Das sind wir dem spanischen Volk und den Völkern Europas schuldig.

Meinen Glückwunsch an den irischen Ratsvorsitz, denn Sie haben das Thema Terrorismus auf den Ratssitzungen in der letzten und in dieser Woche angesprochen. Durch die Änderung der Tagesordnung des Europäischen Rates haben Sie unterstrichen, dass unser Augenmerk zuallererst dem Terrorismus gilt.

Sie werden sich in Kürze mit spezifischen Vorschlägen befassen, die von den Justiz- und Innenministern ausgearbeitet wurden. Meine Bitte an Sie heute: Ergreifen Sie alle notwendigen Maßnahmen, um zu garantieren, dass all unsere Sicherheitsdienste bei diesem globalen Kampf gegen den Terrorismus so eng wie möglich zusammenarbeiten. Bedenken Sie dabei bitte auch, wie wichtig es wäre, wenn Sie sich auf Schlussfolgerungen einigen könnten. Es ist unbedingt dafür zu sorgen, dass die Schlussfolgerungen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Wir haben die Mittel zur Verfügung. Wir können eine Einigung zwischen den Regierungen erreichen, aber wir müssen gewährleisten, dass die Regierungen diese Beschlüsse auch tatsächlich umsetzen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Sicherheitsdiensten ist dabei unabdingbar, und die Situation gebietet schnelles Handeln. Es ist uns nicht gelungen, all das umzusetzen, wozu wir uns in der Zeit nach dem 11. September verpflichtet haben. Diesen Verpflichtungen jetzt nachzukommen, wäre die angemessene Antwort auf das Massaker vom 11. März und das deutlichste Signal, dass sich die europäischen Demokratien und die europäischen Institutionen der schlimmsten Bedrohung, mit der wir konfrontiert sind, gemeinsam stellen und entschlossen sind, mit ihr fertig zu werden.

Wir dürfen jedoch in unserem verstärkten Kampf gegen die Terroristen auf keinen Fall das Leid der Opfer vergessen. Ich hoffe und glaube, dass es den Angehörigen ein gewisser Trost war, dass die Europäer, ja sogar die gesamte Welt, ihre Solidarität und ihr Mitgefühl so deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Das Parlament hat uns aufgefordert, den 11. März als europäischen Trauertag für die Opfer von Terror zu erklären.

Die Botschaft, die von dieser Sitzung, ausgeht, muss klar sein.

Für Demokratie und Menschenrechte! Keine weiteren Bomben! Keine weiteren Toten. Mit vereinten Kräften werden wir den Terroristen das Handwerk legen.

**Ansprache von Pat COX,
Präsident des Europäischen Parlaments
vor dem Europäischen Rat**

**Brüssel,
Freitag, 26. März 2004**

Das wichtigste Thema für diesen Europäischen Rat ist die Notwendigkeit, die Umsetzungslücke anzugehen. Nirgendwo ist diese Notwendigkeit so offensichtlich wie bei der Lissabon-Agenda, wo die Lücke bei der Umsetzung unsere Glaubwürdigkeit in der ganzen Angelegenheit untergräbt.

Beim Gipfel von Lissabon im Frühjahr 2000 hat der Europäische Rat ehrgeizige Ziele für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft gesetzt. In deren Mittelpunkt stand die Aussicht auf ein zusätzliches jährliches Wachstum um 0,75 % infolge der geplanten Maßnahmen, und zwar jedes Jahr. So wollten wir bis 2010 die Wachstumsraten der USA erreichen.

Es gehört zur europäischen Methode, ehrgeizige Ziele und Termine vorzugeben. Dies verleiht der Öffentlichkeit Auftrieb, es kann auch die Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit verbessern. Das Binnenmarktprogramm für 1992 und die einheitliche Währung für 1999 sind Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit dafür, dass wir Großes erreichen können, wenn wir entschlossen sind. Die Lissabon-Agenda, die auf ihre Art genauso ehrgeizig ist wie die genannten Ziele, erfordert anhaltendes Handeln der Mitgliedstaaten mit Unterstützung – und nicht Behinderung – durch Brüssel. Dies ist ein europäisches Projekt, das an der nationalen Front ausgefochten wird. Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten müssen nun unseren europäischen Ambitionen gerecht werden.

Wir haben vier Jahre Erfahrung mit einem 10-Jahres-Programm, und alle Analysen weisen auf eine zentrale Tatsache hin: Wir haben unser Ziel nicht erreicht.

Wichtige Fortschritte wurden erzielt. Ein Mitgliedstaat nach dem anderen hat Wirtschaftsreformen in Angriff genommen – die Deregulierung des Arbeitsmarkts, Reformen der Renten- und Sozialsysteme, Projekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen –, aber alle diese Anstrengungen haben noch nicht die gewünschten Auswirkungen.

Zwei wesentliche Indikatoren, das Wirtschaftswachstum und die Zunahme der Beschäftigung, verdeutlichen das Problem. Unsere Bürger stellen zurecht Fragen. Wie ist es möglich, dass wir mit unserem heimischen Markt, der fast eineinhalbmal so groß ist wie der US-amerikanische, und mit unserem höheren Anteil am Welthandel ständig schwächere Leistungen erbringen als die USA? Warum müssen wir den Wirtschaftsaufschwung in den Vereinigten Staaten abwarten, um die Stagnation unserer Wirtschaft zu überwinden, wenn wir doch einen Binnenmarkt haben, der noch dazu gestärkt wird durch eine einheitliche Währung?

Natürlich machen sich unsere Wähler Sorgen über die Geschwindigkeit des Wandels und das Verschwinden der herkömmlichen Arbeitsplatzsicherheit und anderen sozialen Errungenschaften. Die Mitgliedstaaten und der Europäische Rat selbst sollten die Initiative ergreifen und klarstellen, dass ein langfristiger Wohlstand in Europa die Konzentration auf die Schaffung und nicht die Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie auf die Förderung der Qualifikation und Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer erfordert. Es ist unumgänglich, den Reformprozess zu beschleunigen und nicht im Tempo nachzulassen.

In den europäischen Institutionen tragen wir zu den Reformen bei. Am Ende dieser Wahlperiode machen wir wichtige Fortschritte, wobei eine Rekordzahl von Legislativverfahren auf der Tagesordnung für unsere letzten beiden ordentlichen Tagungen aufgenommen wurde. Allein in der nächsten Woche wird das Parlament zwei wesentliche Legislativvorschlägen für Finanzdienstleistungen annehmen. Wir sind bereit, ein beschleunigtes Verfahren anzuwenden, und zwar nicht nur für Wertpapiere, sondern auch für das Bank- und Versicherungswesen. Wir haben auf die rasche Liberalisierung des Güter- und Personenverkehrs gedrängt, so wie wir es in der Vergangenheit bereits beim einfacheren Zugang zu billigerer Energie sowohl für Unternehmen als auch für Verbraucher getan haben.

Bei einigen wohlbekanntem Themen hatten die Organe nicht den Willen oder den Antrieb, um Vorschläge zu verabschieden. Ich erinnere mich, dass wir uns beim Europäischen Rat von Barcelona beglückwünschten, weil wir der Meinung waren, dass wir eine politische Einigung über das Gemeinschaftspatent erreicht hätten. Nun sehen wir, dass der Rat wieder einmal seine Hausaufgaben nicht gemacht hat, und zwar 30 Jahre nach den ersten Diskussionen zu einem Zeitpunkt, da die US-amerikanischen Unternehmen ihre Konkurrenten in der EU bei den beim Patentamt der USA registrierten Patenten um ein Vierfaches übertreffen; sogar in der Union selbst sind amerikanische Unternehmen führend (170 : 161).

Wo wir europäische Rahmenvorschriften angenommen haben, ist die Umsetzung und Durchführung auf nationaler Ebene enttäuschend. Etwa 40 % der EU-Richtlinien wurden bislang nicht innerhalb der vorgegebenen Fristen umgesetzt. Unsere drei Organe müssen hier eine kollektive Anstrengung unternehmen: Die Kommission muss die Vorschriften durchsetzen, die Regierungen der Mitgliedstaaten sollten sich regelmäßiger mit ihren einzelstaatlichen Parlamenten mit der Lissabon-Agenda auseinandersetzen und das Parlament könnte seinen Dialog mit den einzelstaatlichen Parla mente dazu nutzen, vorrangige Fragen herauszustellen, wo die Umsetzung hinter den Erwartungen zurückbleibt oder wo die Durchsetzung energischer vorangetrieben werden muss.

Die Qualität unserer Rechtsvorschriften ist grundlegend. Wir müssen Vorschriften auf europäischer Ebene festsetzen, aber wir sollten dies weniger oft und besser tun. Wir müssen jetzt die Vereinbarung anwenden, die wir letzten Dezember zur besseren Rechtsetzung getroffen haben. Es sollte ein gemeinsames Programm aller drei Organe zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften geben, mit einem genauen Arbeitsplan für die nächsten sechs Monate, das nächste Jahr und den nächsten Fünfjahreszeitraum. Und wir sollten unserer Verpflichtung nachkommen, die Auswirkungen unserer Tätigkeit auf die Beschäftigung, die Wettbewerbsfähigkeit und die Umwelt durch objektive umfassende Bewertungen zu messen, wiederum im Einklang mit einem gemeinsamen Programm der drei Organe und anhand gemeinsamer Kriterien.

Im Entwurf der Schlussfolgerungen weist der Vorsitz zurecht auf die Bedeutung von F&E hin, wo die privaten Investitionen sehr schwach sind. Wir unterstützen voll und ganz die Anregung, dass die Bedingungen für private F&E und gezielte öffentliche Unterstützung verbessert werden müssen. Was unser eigenes europäisches F&E-Rahmenprogramm angeht – ja, es sollte vereinfacht werden, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, aber zusätzliche Mittel sind ebenso vonnöten, wobei mehr Mittel für Grundlagenforschung und angewandte Forschung bereitgestellt werden sollten. Diese hohe Priorität für die künftige Finanzierung muss sich in der nächsten Finanziellen Vorausschau zu Buche schlagen, die wir ab Herbst prüfen werden.

Unsere Wissenschaftler erliegen immer mehr der Verlockung durch Chancen außerhalb der Union und müssen für bestimmte europäische Großprojekte motiviert und begeistert werden, die möglicherweise rentabel sind und die einen europäischen Brennpunkt für unsere Bemühungen bieten können.

Die Arbeiten der Gruppe unter Leitung von Wim Kok und anderen haben dazu beigetragen, dass wir erkennen, was getan werden muss, und wir konnten aus den vergangenen Erfahrungen in den Mitgliedstaaten lernen, so dass wir mehr Menschen für dieses Segment des Arbeitsmarkts gewinnen, die in diesem Bereich Tätigen belohnen und eine Umgebung schaffen sollten, die die Entstehung neuer Unternehmen fördert, seien sie groß, mittel oder klein.

Aber eine eingehendere Analyse dessen, was in der europäischen Wirtschaft vor sich geht, ist das eine; etwas ganz anderes ist es, Unzulänglichkeiten zu beheben. Die Hauptlast dabei tragen Sie, die Regierungschefs der Mitgliedstaaten, aber die europäischen Institutionen können und sollten einen Beitrag dazu leisten.

Dem irischen Vorsitz ist es gelungen, die Schlussfolgerungen dieser Tagung zu straffen: Sie werden erstmals einen Text verabschieden, der klar und verständlich ist. Wir hoffen, dass weniger Schlussfolgerungen zu besseren Ergebnissen führen.

Außenbeziehungen

Zypern

Ich sehe, dass der neue griechische Premierminister, Herr Karamanlis, anwesend ist und möchte ihm dafür danken, dass er sich Anfang dieser Woche Zeit für ein Treffen mit mir in Athen genommen hat. Ich wünsche ihm – und dem Präsidenten von Zypern, Herrn Papadopoulos – alles Gute und hoffe auf einen erfolgreichen Abschluss der Gespräche zur Beilegung des Konflikts auf Zypern in den kommenden Tagen.

Wie Sie hat das Europäische Parlament die Entwicklung unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, aufmerksam verfolgt. Wir hoffen inständig, dass die Führer beider Gemeinschaften die Weisheit und den politischen Willen aufbringen, den Beitritt eines wiederversöhnten und versöhnlichen Zypern möglich und zu einer Realität zu machen.

Es wurde zwar schon oft gesagt, aber dies könnte tatsächlich die „letzte Gelegenheit“ sein.

Ich glaube, dass die Europäische Union nun, da wir die Phase eines ausgehandelten Vorschlags erreichen, über den am 20. April in beiden Gemeinschaften abgestimmt wird, bestimmter auftreten sollte.

Wir sollten eindeutige Signale für unser weitreichendes Engagement für eine Lösung setzen, sowohl in Form positiver politischer Erklärungen zum richtigen Zeitpunkt zugunsten einer Beilegung durch alle europäischen Institutionen, als auch durch den Umfang des möglichen finanziellen Beitrags der Europäischen Union zu einer Geberkonferenz am 15. April. Wenn die Europäische Union wesentliche Zusicherungen machen kann, durch die die Menschen in praktischen Fragen - etwa Umsiedlung, Wiederaufbau und ähnliches -, die ihr tägliches Leben beeinflussen, Zuversicht gewinnen, wenn wir die aktive Unterstützung durch die EIB sicherstellen können, dann kann dies positive Auswirkungen auf das Ergebnis haben, das wir uns alle hier an diesem Tisch erhoffen und wünschen.

Kosovo

Der Ausbruch der Unruhen im Kosovo in den letzten Tagen erinnert uns auf grausame Weise an die aufgestauten Spannungen, die Brisanz der Lage und die Gefährdung der Stabilität, die in den westlichen Balkanländern noch immer offensichtlich sind. Die Ereignisse vom 17. März sind ein schwerwiegender Rückschlag, nicht nur wegen der deutlicheren De-facto-Trennung der Volksgruppen, die sie mit sich gebracht haben, sondern auch deshalb, weil sie neue Zweifel an der Zukunft des Kosovo als friedliche multiethnische Einheit aufkommen lassen.

Ich bin der Ansicht, dass wir keine Abweichung vom Grundsatz „Standards before Status“ zulassen dürfen. Diese Standards müssen die Fähigkeit zum politischen Handeln umfassen. Diese Standards tolerieren weder Gewalt noch das Erreichen politischer Ziele durch gewaltsame Mittel.

Gleichzeitig liegt es auf der Hand, dass wir eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der langfristigen Beilegung des Konflikts im Kosovo nicht länger aufschieben können. Unsere Politik zeigt Abnutzungerscheinungen. Die Lage im Kosovo hat das Potenzial, der ganzen Region den Boden unter den Füßen wegzuziehen und die Geister der jüngsten Vergangenheit wieder zum Leben zu erwecken. Wir müssen unverzüglich die Grundlagen für künftige Maßnahmen schaffen, die zu einer ausgewogenen, nachhaltigen und gerechten Lösung führen, die für beide Gemeinschaften annehmbar ist und angemessene Garantien umfasst.

Wer sich zur europäischen Perspektive bekennt, muss auch bereit sein, mit seinen Nachbarn zu sprechen. Ohne Dialog oder ohne friedliches und konstruktives Engagement kann es keinen Fortschritt hin zur Europäischen Union geben.

Naher Osten

Weder der Sache des Friedens im Nahen Osten noch der ebenso wichtigen Sache der Bekämpfung des internationalen Terrorismus wurde durch die außergerichtliche Liquidierung von Scheich Achmed Jassin am 21. März gedient, die im europäischen Parlament scharf verurteilt wurde.

Gleichzeitig erkennen wir das Recht des Staates Israel an, sich und seine Bürger vor Terroranschlägen zu schützen, und wir verurteilen ohne Einschränkung die terroristischen Gräueltaten, für die die Hamas verantwortlich ist. Beide Seiten in diesem Konflikt müssen nun Zurückhaltung beweisen und der Spirale der Gewalt ein Ende setzen, indem sie sich endlich für den schwierigen, aber notwendigen Weg des Dialogs entscheiden.

Während die Lage vor Ort weiter eskaliert, darf die Internationale Gemeinschaft nicht den Eindruck vermitteln, diese Krise gehe sie nichts an. Wenn der israelischen Regierung weder bei dem unilateralen, nicht ausgehandelten Abzugsplan für den Gazastreifen noch beim Bau des Sicherheitszauns Einhalt geboten wird, dann besteht die Gefahr, dass einfach neue Tatsachen geschaffen werden, die eine langfristige Lösung verhindern und nicht fördern.

Ich bin der Auffassung, dass ein viel weitergehendes, konstruktives Engagement der Europäischen Union nötig ist, um unserer Arbeit mit den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten eine neue Dringlichkeit zu verleihen, um den Bemühungen um eine Beilegung neue Impulse zu verleihen und auf den Fortschritten aufzubauen, die durch den Fahrplan des Quartetts erzielt worden waren.

Wir müssen dieser Region neue Perspektiven geben, und ich unterstütze voll und ganz den neuen regionalen Ansatz des Vorsitzes, der das Engagement der EU durch die Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen Osten stärkt.

Am letzten Montag sagte Präsident Mubarak den Besuch einer Delegation in der Knesset anlässlich des 25. Jahrestages des Abschlusses des Israelisch-Ägyptischen Friedensvertrags ab. Am selben Tag wählten wir bei der Eröffnung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer einstimmig einschließlich der Stimme des Sprechers der Knesset den Sprecher Ägyptens zum ersten Präsidenten der Versammlung. Ich höre, dass der Vorsitz und die Kommission anderweitig mit der Vorbereitung der heutigen Tagung beschäftigt waren. Ich möchte nur eines sagen: Unterschätzen Sie nicht die Macht des demokratischen Parlamentarismus! Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer kann eine Plattform für die Förderung unserer gemeinsamen strategischen Ziele für die weitere Region des Mittelmeerraums und des Nahen Ostens sein.

*
* *

Dies ist die letzte Tagung des Europäischen Rates, die vor den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 10.-13. Juni geplant ist, daher erwarten Sie sicher, dass ich ein paar Worte zu ihrer Bedeutung sage.

Lassen Sie mich zuallererst etwas zum reinen Umfang dieser Wahlen sagen: 348 824 000 Menschen in 25 Mitgliedstaaten werden berechtigt sein, zwischen dem 10. und dem 13. Juni zur Wahl zu gehen. Diese Wahlen sind die ersten europaweiten Wahlen in der europäischen Geschichte.

Außerdem finden diese Wahlen in einem Jahr der Neudefinition und Erneuerung für unsere Union statt, vor einem einzigartigen Hintergrund: Es handelt sich nämlich um die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament nach der Erweiterung, wir erwarten eine Einigung über den lang ersehnten Verfassungsvertrag für Europa und später in diesem Jahr wird eine neue Kommission ernannt.

Der erfolgreiche Abschluss der Erweiterung beweist die anhaltende Vitalität unserer Union und ihre untrügliche Fähigkeit, in den wesentlichen Fragen auf lange Sicht die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Bei der Fähigkeit, unsere gemeinsame Geschichte zu verkaufen, unseren Mitbürgern in Europa die Errungenschaften der Union und deren Bedeutung für ihr Leben nahe zu bringen, waren wir bislang jedoch weniger effizient.

Den europäischen Institutionen kommt ein bisschen frischer Wind – und die Sauerstoffzufuhr echter Demokratie – ganz gelegen. Welche bessere Gelegenheit als diese Wahlen zum Europäischen Parlament in diesem besonderen Jahr könnte es geben, um der Wahlkampagne in den nächsten Monaten eine echt europäische Dimension zu verleihen?

Natürlich werden innenpolitische Überlegungen und Persönlichkeitsfragen bei den Europa-Wahlen immer eine Rolle spielen. Aber wenn die Bürger je eine Beziehung zu den Tätigkeiten der EU aufbauen sollen, dann brauchen wir eine weitreichende, offene und öffentliche Debatte über europäische Fragen.

Die Tagesordnung dieses Gipfels illustriert genau, welche Fragen in der Wahlkampagne erörtert werden sollten. Sie werden sich – einfach gesagt – auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Wirtschaftswachstum, auf den Schutz unserer Bürger vor der Geißel des internationalen Terrorismus, auf die Festlegung durch den neuen Vertrag, wer in der EU was im Interesse der Bürger tut, und auf die Stärkung der Rolle Europas in der Welt konzentrieren.

Wie klug und umfassend die Entscheidungen, die Sie heute treffen werden, auch sein mögen, die Debatte sollten nicht in Brüssel enden. Ich möchte an Sie alle appellieren, sich in den kommenden Wochen und Monaten aktiv für alle diese Themen und für unsere gemeinsame Sache – langfristigen Frieden, Wohlstand und Stabilität auf dem ganzen Kontinent – stark zu machen.

In den letzten fünf Jahren hat das Europäische Parlament seinen Beitrag geleistet und seine institutionellen Verpflichtungen weitgehend erfüllt, insbesondere im Hinblick auf die effiziente und verantwortungsvolle Ausübung seiner Legislativbefugnisse und bei der enthusiastischen und uneingeschränkten Unterstützung der Erweiterung.

Ich würde sagen, dass es nun, da diese einzigartigen Europa-Wahlen bevorstehen, an der Zeit ist, dass die europäischen Führer zum europäischen Anteil an der Abmachung mit den Wählern in Europa stehen. An diesem historischen Wendepunkt der europäischen Geschichte möchte ich Sie alle auffordern, Wahlkampf für die demokratische Zukunft Europas zu betreiben.